

**Bericht des Ratsvorsitzenden vor der Synode
der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
am 13. März 2004 in Hannover**

Herr Präsident, liebe Schwestern und Brüder, meine Damen und Herren, die Sie die Öffentlichkeit repräsentieren und die Medien vertreten!

Im Berichtszeitraum zwischen der letzten und dieser Synode ist der Ratsvorsitzende 36 mal in Sachen Konföderation unterwegs gewesen, meistens in Hannover, aber auch in Göttingen, Amelungsborn und Loccum sowie bei besonderen Anlässen in Münster und Bergen-Belsen. Die, wie ich finde, recht große Zahl von Terminen, hängt mit zwei Arbeitsschwerpunkten zusammen, die – zum Glück für einen oldenburgischen Bischof – nicht jedes Jahr anfallen. Die eine Herausforderung bestand in der Vorbereitung und Durchführung der Kampagne „Für Menschlichkeit in der Altenpflege“, die andere in der verstärkten Kontaktpflege nach einer Landtagswahl mit Regierungswechsel und neuer Rollenverteilung für die im Landtag vertretenen Parteien. Über diese beiden Schwerpunkte meiner Arbeit und über einige Einzelveranstaltungen und Projekte möchte ich Ihnen, zum Teil über den schriftlich vorgelegten Bericht der Geschäftsstelle hinaus, gerafft berichten.

1. Kampagne zum Thema Altenpflege

Die wohl in der bisherigen Geschichte der Konföderation einmalige Aktion unserer fünf evangelischen Kirchen mit ihren diakonischen Werken und dem Fachverband der Altenpflege tat gleichermaßen Not und gut, sowohl in ihrer Wirkung in Gesellschaft und Politik hinein als auch in der Erfahrung der Fähigkeit gemeinsamen Handelns über landeskirchliche Grenzen hinweg. Beide Aspekte sind nicht zu gering zu schätzen. Die Gesichter alter Menschen mit den Bitten um Gebet und Berührung, um Gespräch und Streit hängen heute noch in manchen Schaukästen, Gemeindehäusern und Kirchenfoyers. Warum blickte an 2000 Orten in Niedersachsen ein alter Mensch von Großflächenplakaten auf die Passanten? Aus drei Hauptgründen sehen wir die Menschlichkeit in der Altenpflege weiterhin in Gefahr. Zum einen steht die Pflege alter Menschen unter kaum mehr erträglichem Zeitdruck, zum anderen droht zahlreichen Pflegeeinrichtungen der wirtschaftliche Kollaps. Zum dritten nimmt die Zahl pflegewilliger Fachkräfte ab, während die Zahl pflegebedürftiger Menschen zunimmt. Allein in Niedersachsen fehlen jetzt schon 1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dass sich am 30. September letzten Jahres ca. 2000 alte und zum Teil pflegebedürftige Menschen mit Pflegekräften aus ganz Niedersachsen um die Marktkirche und den Landtag in Hannover friedlich zu einer Kundgebung versammelt hatten, um nicht gegen jemand, sondern Hand in Hand für mehr Menschlichkeit in der Altenpflege zu demonstrieren, war eine imponierende Leistung aller beteiligten Träger. Es bleibt höchste Zeit, dass die Pflegeversicherung weiterentwickelt, die Bürokratie abgebaut, der Pflegekräftemangel behoben und das Fiasko drohender Insolvenzen gemeinschaftlich bewältigt wird. Wir werben weiter für eine Interaktion aller Zuständigen und Verantwortlichen zum Wohle der alten Menschen, die in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg durch ihre Arbeit eine soziale Marktwirtschaft mit den Grundprinzipien der Solidarität und der Subsidiarität ermöglicht haben. Allerdings habe ich mit der Zurückweisung der hässlichen Frage „Was spricht gegen eine Sterbepflicht mit 80?“ die Forderung an die älteren Menschen, denen es finanziell gut und besser geht, verbunden, sich stärker an den Kosten für ein menschwürdiges Altwerden zu beteiligen. Es können nicht alle Kosten der demographischen Entwicklung der jüngeren Generation aufgebürdet werden. Fairness ist geboten von jung und alt und allen, die dazwischen leben.

Dass auf unserer Kundgebung die niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit das Wort an die Teilnehmenden gerichtet hat und alle Parteien wie auch der Landtags- und der Ministerpräsident die Zeichensetzung der Kampagne begrüßt haben, lässt den Schluss zu, dass unsere Botschaft – zumindest im politischen Raum – angekommen ist. Mittlerweile gehen Gespräche und Verhandlungen auf der Fachebene weiter. Ziel ist die Sicherung und Weiterentwicklung eines integrierten Systems von häuslicher, ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege.

Stellvertretend für alle kirchlich Beteiligten möchte ich für die Diakonie Herrn Wesemann und für den Niedersächsischen Evangelischen Verband für Altenhilfe und ambulante Pflege (NEVAP), Herrn Raabe, für ihren wirklich unermüdlichen Einsatz danken. In sechs monatlichen Sitzungen von März bis August und harte Arbeit dazwischen sind unsere fünf Kirchen und ihre diakonischen Werke über einer gemeinsamen Herausforderung zusammengewachsen, wie das bisher noch nicht der Fall war. Ich möchte aber auch nicht verschweigen, dass ohne das Wohlwollen des Rates und das gleichermaßen vertrauensvolle wie beherzt-energisches Zusammenwirken der beiden Vorsitzenden des Rates das Projekt vielleicht nicht oder nicht so zustande gekommen wäre.

2. Einzelveranstaltungen

a) Auslobung der Hospiz Stiftung Niedersachsen

Am 21. November 2003 wurde unter der Schirmherrschaft des am selben Tage zum Präsidenten des DRK gewählten Bundesministers a. D., Dr. hc. Rudolf Seiters, die Hospizstiftung Niedersachsen als eine Initiative der Kirchen ausgelobt. Der Zweck dieser Stiftung ist die Förderung der Hospizarbeit im Zusammenwirken mit palliativer Pflege und Medizin, mit Seelsorge und Sozialarbeit. Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Förderung der Ehrenamtlichen in Vorbereitung und Fortbildung, durch Unterstützung der Hospizgruppen und ihrer Vernetzung sowie durch ideelle und finanzielle Förderung der Öffentlichkeitsarbeit. Es wird viel zu viel einsam gestorben – bei Unfällen, in Bürgerkriegen, oder als Folge seelischen Schmerzes, längst bevor das Herz zum Stillstand kommt. Menschliche Nähe in den letzten Wochen, Tagen und Stunden trägt dazu bei, das irdische Leben in Würde ausklingen zu lassen. Dankbar für alles, was gelang, hoffentlich befreit von allem, was missraten ist, und voller Zuversicht „für einen neuen Himmel und eine neue Erde nach Gottes Verheißung, in denen Gerechtigkeit wohnt“ (2. Petrus 3, 13).

b) Gedenkveranstaltung Bergen-Belsen

Am Tag nach der letzten Synode fand im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen ein Gedenken an die große Massendeportation von Sinti und Roma aus Norddeutschland in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1943 statt. Nur wenige der aus Deutschland und Europa zusammengetriebenen Sinti und Roma haben die Hölle von Auschwitz überlebt. 20.000 von 23.000 Menschen verhungerten, starben an Seuchen oder wurden vergast. Darunter waren viele Kinder. An etlichen machte der Lagerarzt Dr. Mengele pseudomedizinische Versuche, die das Elend verschlimmerten. Solche Gedenkveranstaltungen sollen und können uns auch heute und morgen vereinen in politischer Wachsamkeit und demokratischer Geschlossenheit gegenüber allem, was den Himmel über der Erde verdunkelt, und für alles, was an Zuversicht und Freude zu blühen beginnt.

c) Evangelisch-Theologischer Fakultätentag in Göttingen

Die Konföderation war am 10. Oktober Teilsponsor des Empfanges des Evangelisch-Theologischen Fakultätentages in Göttingen. Die dortige Fakultät ist seit jeher die Landesfakultät der evangelischen Kirchen in Niedersachsen, mit der wir durch das gemeinsame Prüfungsamt verbunden sind.

Dieses Band hat der Belastungsprobe in der Auseinandersetzung eines Mitgliedes der Fakultät nicht nur Stand gehalten, es hat seine Festigkeit und seine Bedeutung für unsere Kirchen wie für die Fakultät in jenem Konflikt insbesondere auch gegenüber dem Land unter Beweis gestellt. Die Besonderheit des konfessionell gebundenen Staatsamtes eines Lehrers und einer Lehrerin der Theologie an einer staatlichen Fakultät ist allen Beteiligten erneut bewusst geworden und eindrucksvoll bestätigt worden. Ohne die Orientierung und den Rat evangelischer Theologie verliert die Kirche den theologisch verantworteten Gegenwartsbezug ihres Handelns. Ohne die Orientierung an den Aufgaben der Kirchenleitung in der Gegenwart verliert die Fakultät den einheitsstiftenden Zusammenhang ihrer Fächer und damit ihrer Identität. In den „Leuchtturm“-Diskussionen an vielen Universitäten, die, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, naturwissenschaftlich-technische Disziplinen zum Nachteil der Geisteswissenschaften stärker zu fördern gewillt sind, kommt den theologischen Fakultäten, die durch Konkordate und Staats-Kirche-Verträge geregelt sind, auch eine wichtige Stellvertreterrolle für andere Fakultäten im Streiten für ethische Werte und Orientierung zu.

d) Niedersächsischer Kirchenchorverband

In einem Gottesdienst am 29. Januar 2004 wurde der bisherige Landesobmann Dr. Hans-Christian Drömann verabschiedet und der Nachfolger, Christian Klatt, eingeführt. Der festliche Gottesdienst in der Neustätter Hof- und Stadtkirche zu Hannover konnte erst eine halbe Stunde später beginnen, da die Anreise des Ratsvorsitzenden durch eine eingefrorene Weiche jenseits von Oldenburg erschwert war. Bei welchem Wechsel in einem anderen leitenden Amt unserer Kirche wäre weniger Verdruss entstanden als bei Chormitgliedern? Die haben einfach wartend gesungen und singend gewartet in Dur und Moll, bis die Zeit erfüllt war. Zum NKV gehören derzeit 1.193 Chöre mit 32.000 Sängerinnen und Sängern. In der Zahl enthalten sind 265 Kinder- und 18 Jugendchöre. Wenn man die Zahl der Posaunenchöre, der Instrumentalgruppen und Gospelchöre, die noch nicht gemeldet sind, dazurechnet, dann ist das ein Grund zur Dankbarkeit für viele Männer, Frauen und Jugendliche, die ehrenamtlich und beruflich zum Gotteslob in Kirche und Gesellschaft beitragen. Das will ich ausdrücklich hervorheben, zumal ich selbst gut 10 Jahre im Posaunenchor meiner Gemeinde in Saarbrücken mit geringem Talent die zweite Stimme zu verstärken versucht habe. Im Blick auf den Lebenslauf der beiden Herren Drömann und Klatt konnte ich mir folgenden Hinweis auf drei Grundvoraussetzungen für einen Landesobmann nicht verkneifen: 1. Man muss fünf Kinder haben. 2. Man muss mindestens 10 Jahre Superintendent gewesen sein. 3. Man muss ein Amt im Kloster Amelungsborn inne haben. Potentielle Nachfolger sollten schon jetzt auf diese Qualifikationen hinarbeiten.

3. Begegnungen zwischen Staat und Kirche

Neben zahlreichen Kontakten auf fachlicher Ebene haben das Treffen zwischen dem Rat der Konföderation und der Niedersächsischen Landesregierung am 20.01.2004 sowie die zweistündigen Aussprachen mit den vier Fraktionen im Landtag auf dem Terminkalender der Ratsmitglieder gestanden.

Alle Begegnungen fanden im großen Saal der Roten Reihe 6 statt, weil wir „dran“ waren. Für die gute Vorbereitung und Durchführung dieser zusätzlichen Aufgaben wie aber auch für die sonstige Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hinter Herrn Behrens und Frau Dr. Gäfken-Track stehen, möchte ich mich namens des Rates und auch der Synode sehr bedanken.

In den vier Treffen vom 16.2.2004 bis 2.3.2004 mit den Fraktionen von den Grünen/B 90, CDU, FDP und SPD wurden jeweils die Punkte Bildung mit besonderer Berücksichtigung der Schulreform und der Kopftuch-Bewertung sowie der Sonntagsschutz behandelt. In den Gesprächen mit allen Fraktionen wurde die einhellige Auffassung vertreten, dass eine politische Demonstration mit dem Tragen des Kopftuches durch muslimische Frauen nicht geduldet werden dürfe. Die Frage aber, wie dieses Ziel unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft erreicht werden könne, wurde quer durch die Parteien unterschiedlich diskutiert, wobei die Mehrdeutigkeit des Symboles Kopftuch eine Rolle spielte und weiter spielen wird. Die am 2. März gefundene Formulierung eines neuen Absatzes 3 im § 51 des Niedersächsischen Schulgesetzes lautet: „Das äußere Erscheinungsbild von Lehrkräften in der Schule darf keine Zweifel an der Eignung der Lehrkraft begründen, den Bildungsauftrag der Schule (§ 2) auch in religiöser und weltanschaulicher Hinsicht überzeugend vermitteln zu können.“ Ob allerdings diese Formulierung, deren angekündigte Einzelfallprüfung nicht ergebnisoffen angelegt ist, höchstrichterlicher Überprüfung stand hält, muss abgewartet werden. Über die Argumentation im Einzelnen und die Unterschiede zur römisch-katholischen Position werden Frau Dr. Käßmann und Frau Dr. Gäfken-Track, die die evangelische Position in der Anhörung des Landtages eingebracht hat, gerne Auskunft geben.

In den Debatten um den Sonntagsschutz fiel auf, wie bei grundsätzlicher Befürwortung des arbeitsfreien Sonntages mit Ausnahme notwendiger Arbeiten und Dienstleistungen mehr oder weniger versucht wurde, Ausnahmen von der Regel zu begründen und umzusetzen. Vieldiskutierte Stichworte waren der Betrieb automatischer Autowaschanlagen und die Öffnung der Geschäfte in Kurorten, auf den Inseln, an der Küste und in touristischen Ballungszentren. Die Mitglieder des Rates haben eindeutig für eine restriktive Praxis in dieser Frage geworben.

Bei der turnusmäßigen Begegnung der Kirchen der Konföderation und der Niedersächsischen Landesregierung, die mit einer kurzen Andacht in der Kapelle des hannoverschen Landeskirchenamtes begann, stand das vereinbarte Generalthema „Bewusst leben – Verantwortung übernehmen“ im Mittelpunkt. Unterpunkte, zu denen Bischof Dr. Weber und Frau Ministerin Dr. von der Leyen jeweils Stellung nahmen, brachten in der Analyse sehr viel Übereinstimmung. Die Themen lauteten „Zukunft in Solidarität und Eigenverantwortung“ und „Zukunft des Miteinanders von alt und jung“. Graduelle Unterschiede wurden in der Gewichtung von Eigenverantwortung und Solidarität deutlich.

Der Ministerpräsident forderte in seinem einleitenden Statement über die Sachfragen hinaus zur kritischen Begleitung durch die Kirchen auf und sagte seine Unterstützung zum Gelingen des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2005 in Hannover sehr überzeugend zu.

Dem schließen sich, so denke und hoffe ich, die vier Nachbarkirchen Hannovers nach Kräften an, insbesondere in allen nicht finanzwirksamen Aktivitäten.

Zum Schluss

Vom 12. Januar um 16.00 Uhr bis zum 13. Januar 2005 gegen 13.00 Uhr bietet die Konföderation für die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages eine Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum an. Am Nachmittag wird Professor Dr. Fullbert Steffensky einen Vortrag zur Erinnerungs- und Feiertagskultur halten. Am Abend wird vor dem offenen Ende das Kölner Kirchenkabarett „Klüngelbeutel“ auftreten. Am nächsten Vormittag erwarten wir einen Vortrag von Prof. Dr. Eckhard Minx, Berlin, zum Thema „Zukunftsfähiges Handeln von Unternehmen, Staat und Kirche“. Ich bin sicher, das sind recht aktuelle und notwendige Beiträge für einen lebhaften Gedankenaustausch zwischen den evangelischen Kirchen und Landtagsabgeordneten in Niedersachsen.

Im Mai oder Juli 2005 soll dann das Ereignis von 50 Jahren Loccumer Vertrag in einem festlichen Akt im Kloster Loccum begangen werden. Der Termin wird so schnell wie möglich festgelegt, wenn die Nachfolge von Bundespräsident Johannes Rau geklärt ist. Denn wir hoffen sehr, dass ein neuer Bundespräsident oder eine neue Bundespräsidentin den ersten Vertrag zwischen einem Bundesland und der evangelischen Kirche nach dem 2. Weltkrieg durch die Festansprache zu würdigen bereit ist.